

### 13. Imam-Ausbildung in Niedersachsen

Abgeordnete Eva Viehoff, Belit Onay, Julia Hamburg, Helge Limburg, Christian Meyer, und Anja Piel (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung

#### Vorbemerkung der Abgeordneten

Die neue Landesregierung setzt sich in ihrer Koalitionsvereinbarung das Ziel, die Zusammenarbeit mit den muslimischen Verbänden fortzuführen und auszubauen. Hierzu soll ausweislich der Koalitionsvereinbarung ein Format der Zusammenarbeit entwickelt werden, das einerseits der besonderen Verfasstheit der muslimischen Organisationen gerecht wird und andererseits die Gewähr dafür bietet, dass der mit dem Vertragsschluss seinerzeit angestrebte Zweck erreicht wird.

Darüber hinaus sieht die Koalitionsvereinbarung vor, aufbauend auf dem Imam-Weiterbildungsangebot der Universität Osnabrück, dort eine grundständige Imam-Ausbildung aufzubauen. Als erste Reaktion kommentierte die Vizepräsidentin der Hochschule, Martina Blasberg-Kuhnke, dieses Vorhaben laut WELT.de vom 26. November 2017 mit folgenden Worten: „Wir bilden keine Imame aus, das wollen wir auch gar nicht.“ Die Ausbildung von Imamen sei nicht Sache der Universität - es sei wichtig, dass auch gar nicht erst dieser Eindruck entstehe. Analog zu der Ausbildung von Pfarrern und Priestern bei den christlichen Kirchen müsse es dafür aber ein Ausbildungsinstitut der islamischen Religionsgemeinschaft geben, sagte Blasberg-Kuhnke. Dazu wäre es wichtig, dass es eine Einigung zwischen dem Land und den muslimischen Verbänden über einen Staatsvertrag gebe oder eine andere Regelung, die Rechtssicherheit schaffe.

#### Vorbemerkung der Landesregierung

Die Universität Osnabrück befasst sich mit den wissenschaftlichen Disziplinen der Islamischen Theologie, der Religionspädagogik und der damit verbundenen Forschung. Das theologische Angebot ist am grundgesetzlich verankerten Neutralitätsgebot des Staates in Verbindung mit staatskirchenrechtlichen Erfordernissen ausgerichtet.

Die Universität Osnabrück hat mit ihrem Weiterbildungsangebot für Imame und seelsorgerisches Personal in den Moscheegemeinden dazu beigetragen, die Kompetenzen dieses Personenkreises zu stärken und sie bei ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen. Die Landesregierung möchte an diese positiven Ansätze anknüpfen. Die Hochschule bietet aktuell neben Studiengängen für das Lehramt u. a. einen Bachelor- und Masterstudiengang im Fach Islamische Theologie an.

Anders als dies bei der evangelischen oder katholischen Theologie der Fall ist, gibt es bisher jedoch keine „zweite Phase“ der Ausbildung (etwa in Analogie zum Vikariat oder zum Priesterseminar) nach Abschluss oder während des Studiums für Absolventen, die im engeren Sinne konfessionsgebunden in Moscheegemeinden tätig werden möchten.

Über die Weiterentwicklung und nähere Ausgestaltung der Imam-Ausbildung wird die Landesregierung in den kommenden Monaten in den Dialog mit allen relevanten Ansprechpartnerinnen und -partnern eintreten. Hierzu gehört auch, eine Vereinbarung zur Imam-Ausbildung mit Vertreterinnen und Vertretern der Muslime in Niedersachsen in den Fokus zu nehmen, wie in der Anfrage angesprochen.

#### 1. Wie und durch welche Institution soll die von der Landesregierung geplante Imam-Ausbildung in Niedersachsen organisiert und durchgeführt werden?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

#### 2. In welcher Form und Funktion sollen die niedersächsischen islamischen Dachverbände in die Imam-Ausbildung eingebunden werden?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

**3. Wie beurteilt die Landesregierung die Voraussetzungen für die Einstellung und Finanzierung von Absolventinnen und Absolventen einer niedersächsischen Imam-Ausbildung?**

Die Voraussetzungen für die Einstellung und Finanzierung von Imamen können nicht von staatlicher Seite definiert werden, vielmehr obliegt dies den Moscheegemeinden oder den Religionsgemeinschaften in eigener Zuständigkeit.